



# **Familienfreundlichkeit im Lahn-Dill-Kreis**

**Auswertung der Checkliste**

**zur Familienfreundlichkeit  
der Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis**

Wetzlar, 26.05.2008

## **AG Familienfreundliche Städte und Gemeinden:**

**Regina Beimborn**, SPD Kreistagsabgeordnete

**Günther Berlinghof**, Fachdienst Kinder- und Jugendförderung / LDK

**Peter Dubowy**, Lahn-Dill-Arbeit GmbH

**Horst Euler**, FWG Kreistagsabgeordneter

**Thea Garotti**, Bündnis 90 / Die Grünen

**Heinz-Jürgen Göbel**, St. Elisabeth-Verein / Regionalleiter Büro Biedenkopf

**Margit Jankowski**, Stadtverordnete der Stadt Aßlar

**Götz Konrad**, Gemeinde Eschenburg, Bürgermeister

**Andreas Kreuter**, Abt. Kinder- und Jugendhilfe / LDK

**Meike Menn**, Sozialplanung / LDK

**Thomas Reichmann**, Hauptamtsleiter der Stadt Dillenburg

**Roland Wegricht**, Fachbereichsleiter III / LDK

**Karin Ziegler**, St. Elisabeth-Verein / Eschenburg

## **Bezug**

Kreisausschuss

Lahn-Dill-Kreis

Karl-Kellner-Ring 51

35576 Wetzlar

Fachbereich Bildung, Jugend und Familie

Meike Menn / Sozialplanerin

Tel.: 06441 407-1222

meike.menn@lahn-dill-kreis.de

## Vorwort

Durch die gemeinsame Initiative der Industrie- und Handelskammern Lahn-Dill und des Lahn-Dill-Kreises ist am 11. November 2005 das "Bündnis für Familie im Lahn-Dill-Kreis" aus der Taufe gehoben worden. Viele weitere Partnerinnen und Partner aus Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften, Politik, Gesellschaft, Kirchen, Vereinen, der Wohlfahrtspflege, Verwaltungen und Familien waren von Anfang an dabei, neue Ansätze zu finden und Wege zu beschreiten, um in der Region ein familienfreundliches Bewusstsein zu schaffen und neue Schritte hin zu einem familienfreundlicheren Umfeld zu starten.

In der Zwischenzeit haben unterschiedliche Bündnisgruppen Aktionen entwickelt. So werden die Themenschwerpunkte "Familienfreundliche Städte und Gemeinden", "Familienfreundliche Unternehmen", "Elternbildung und Elternberatung", "Schule und Wirtschaft" und "Betreuung, Erziehung und Bildung" bearbeitet.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft "Familienfreundliche Städte und Gemeinden" entstand das Projekt, die Familienfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises zu überprüfen. Ziel der Umfrage sollte weniger sein, eine statistisch genaue Erhebung zu leisten, sondern die „Checkliste“ sollte vielmehr die Fragen nach mehr Familienfreundlichkeit dorthin bringen, wo sie gestellt, diskutiert und zum Teil auch beantwortet werden: in die Parlamente und Sozialausschüsse der Städte und Gemeinden im Kreis.

Beim Entwickeln des Fragebogens haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe selbst dabei ertappt, wie wichtig es ist, sich solchen Prüfkriterien zu stellen: Schon bei der Vorbereitung war schnell klar, dass der Grad der Familienfreundlichkeit nicht nur abhängt von möglichst billigen Bauplätzen und niedrigen Kindergarten-Gebührensätzen. Wer sich diesen Fragen stellt, bekommt schnell weitere in den Sinn: Was haben wir als Gemeinwesen bereits erreicht? Was fehlt? Wo entwickeln wir uns hin? Was können wir als Stadt oder Gemeinde leisten, um unsere Kommune für Familien freundlich zu gestalten?

Die vorliegende Auswertung stellt eine Momentaufnahme aus dem Winter 2007 / Frühjahr 2008 dar. Sie gibt einen Überblick über die Lage im Lahn-Dill-Kreis. Und das ist

wichtig für die „kommunale Familie“, als die sich Kreis und Kommunen verstehen: Ein familienfreundlicher Landkreis kann nur so familienfreundlich sein, wie die Städte und Gemeinden in diesem Landkreis familienfreundlich sind.

# Inhaltsverzeichnis

1	<b>Einleitung</b> .....	6
1.1	Vorgehensweise der Befragung.....	6
1.2	Besonderheit im Lahn-Dill-Kreis.....	7
2	<b>Checkliste zur Familienfreundlichkeit</b> .....	8
2.1	Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	8
2.2	Familie und Erziehung.....	11
2.3	Bildung.....	13
2.4	Wohnen und Wohnumfeld.....	15
2.5	Kultur und Freizeit.....	18
2.6	Kommunalverwaltung.....	21
3	<b>Auswertung</b> .....	24
3.1	Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	24
3.2	Familie und Erziehung.....	24
3.3	Bildung.....	25
3.4	Wohnen und Wohnumfeld.....	26
3.5	Kultur und Freizeit.....	27
3.6	Kommunalverwaltung.....	27
4	<b>Ergebnisse und Schlussfolgerungen</b> .....	29

# 1 Einleitung

## 1.1 Vorgehensweise der Befragung

Die aus der Baden-Württembergischen Vorlage<sup>1</sup> entstandene Checkliste wurde in der *AG Familienfreundliche Städte und Gemeinden* überarbeitet und im August 2007 an alle Städte und Gemeinden verschickt. Als Stichtag der Rückmeldungen wurde der 30.11.2007 benannt; auf Grund der unterschiedlichen Terminierungen der politischen örtlichen Gremien wurde bis Februar 2008 verlängert.

Von insgesamt 23 Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis haben 18 die Checkliste zur Familienfreundlichkeit im Lahn-Dill-Kreis in ihren Vorständen, Magistraten, Sozialausschüssen oder Parlamenten diskutiert und anschließend ausgefüllt zurückgesendet. Im Anschreiben war ausdrücklich gewünscht, dass dieser Fragebogen nicht von der jeweiligen Verwaltung ausgefüllt werden sollte. Vielmehr sollten sich die zuständigen und verantwortlichen Gremien den Fragen stellen und ihre eigenen Antworten darauf finden.

Die Checkliste fragt anhand von sechs Kategorien nach der Familienfreundlichkeit in den jeweiligen Städten und Kommunen. Die Kategorien beziehen sich auf die unterschiedlichen Lebensbereiche von Familien:

- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Familie und Erziehung
- Bildung
- Wohnen und Wohnumfeld
- Kultur und Freizeit
- Kommunalverwaltung

Die Antworten der Städte und Gemeinden wurden anonymisiert für jede Kategorie beschrieben, ausgewertet und in einen Gesamtzusammenhang gesetzt.

---

<sup>1</sup> Netzwerkknoten Lokale Bündnisse für Familie Baden-Württemberg / Kommunalverband Jugend und Soziales BW/ Familienforschung Baden-Württemberg: Prüfkriterien „Familienfreundliche Kommune“

## **1.2 Besonderheit im Lahn-Dill-Kreis**

Bei den Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis handelt es sich überwiegend um kleinere Kommunen mit Einwohnerzahlen von rund 3.000 bis 15.000. Drei Städte haben über 20.000 und die Sonderstatusstadt Wetzlar rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das bedeutet, dass manche Kultur-, Familienbildungs-, Freizeit- und Sozialeinrichtungen von den kleineren Kommunen gar nicht vorgehalten werden können und einiges in sinnvoller Zusammenlegung und Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden umgesetzt wird. Dies muss bei der Auswertung Berücksichtigung finden.

## **2 Checkliste zur Familienfreundlichkeit**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in erster Linie nur machbar, wenn die Betreuung der Kinder, der Kinder unter drei Jahren, der Vorschulkinder sowie der Schulkinder gewährleistet ist. Eine qualitativ gute Betreuung der Kinder zur Zufriedenheit der Eltern bzw. der Elternteile zeichnet sich dadurch aus, dass die Öffnungszeiten mit der Berufssituation übereinstimmen bzw. flexibel gestaltet werden können sowie ein breites Angebot an qualitativ guten Betreuungsmöglichkeiten sowie Alternativeinrichtungen besteht. Je vielfältiger die Betreuungsangebote sind, desto leichter ist es, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die mobile Flexibilität bzw. die Verkehrsanbindung, der Zugriff auf ein eigenes familiäres Versorgungs- und Betreuungssystem, die Höhe des Elternbeitrages an den Betreuungskosten sowie das berufliche regionale Angebot sind darüber hinaus weitere wichtige Faktoren bzw. Voraussetzungen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen zu können.

### **2.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Die Städte und Gemeinden wurden nach der Platzzahl und den Öffnungszeiten in Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren, für Vorschulkinder sowie für Schulkinder bis 14 Jahren und deren jeweiligen Ganztagsangeboten befragt; darüber hinaus nach flexiblen „zukaufbaren“ Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen, alternativen Tageseinrichtungen, Angeboten von Kindertagespflege und Ferienbetreuung. Auch die Eigeninitiative der Eltern, die Absprachen zwischen regionalen Firmen und der Kommunen sowie die Regelung einer Notfallbetreuung wurden abgefragt.

Die Zahl der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren wächst. Und auch so vielfältig: alle Kommunen haben bereits U-3-Plätze, ein Großteil sogar im Ganztagsangebot. Zehn Städte und Gemeinden können dabei auch den „Versorgungsgrad“ benennen, der für diese Altersgruppe von 5,7 % in einer größeren Stadt bis hin zu 80 -100% in kleinen ländlichen Gemeinden reicht.

Im klassischen Kindergarten-Alter sind einige Kommunen sogar „überversorgt“ (131 % jeweils in zwei Städten). Die Hälfte der Städte und Gemeinden gibt Betreuungsplätze für Schulkinder in Kindergärten an, die in absoluten Zahlen zwischen 5 und 175 liegen. Defizite zeigen sich bei der Betreuung von Schulkindern (bis 14 Jahre) in Grundschu-

len und Ganztagschulen. Bei acht Kommunen bilden sie bereits eine kalkulierbare Größe im Angebot und zeigen enger werdende Kooperationen. Ganztägliche Betreuung für Kinder ab 14 Jahren (z. B. Hausaufgabenhilfe, Mittagessen) wird bei der Hälfte der Kommunen praktiziert.

In den Kindertagesstätten reichen die Öffnungszeiten bei fast allen Kommunen von 7.00 / 7.30 Uhr bis 16.30 / 17.00 Uhr, in zwei kleineren Kommunen endet die Betreuungszeit um 13.00 Uhr und wird an zwei Nachmittagen pro Woche fortgesetzt. In fünf Kommunen gibt es flexible oder „zukaufbare“ Betreuungszeiten. Eine „Notfallbetreuung“, die für Eltern oder Tagespflege einspringt, kennt nur eine Gemeinde. Sechs alternative Tageseinrichtungen, meist Waldgruppen in klassischen Kindergärten, gibt es in fünf Städten und Gemeinden. Selbstorganisierte Krabbel- oder Spielgruppen bestehen in 15 Kommunen, meist auf privater Basis oder von Kirchen und Vereinen getragen.

In den Ferien gibt es in vier Kommunen keine Alternative zur Schließung. Der große Rest hat durchgängige Betreuungsangebote erreicht, vor allem durch das abwechselnde Aushelfen verschiedener Einrichtungen. Gespräche über Bedarf und gegenseitige Hilfen führen nur vier der Kommunen mit heimischen Unternehmen. Feste Vereinbarungen zur Betreuung von Kindern (z. B. mit Nachbarkommunen) darüber, dass kein unnötiger Kostenausgleich zwischen ihnen erfolgen soll, haben acht Städte und Gemeinden geschlossen.

<b>1. Vereinbarkeit Familie und Beruf</b>
<p>1. Wie viele Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder gibt es</p> <p>a) für Kinder unter 3 Jahren insgesamt - davon Ganztagesplätze (durchgehend mehr als 5 Stunden)</p> <p>b) für Kinder im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt insgesamt - davon Ganztagesplätze (durchgehend mehr als 5 Stunden)</p> <p>c) für Schulkinder bis 14 Jahre insgesamt - davon im Angebot offener Ganztagschule - davon im Angebot in betreuter Grundschule (ohne offene Ganztagschule)</p>
<p>2. Die Öffnungszeiten reichen</p> <p>- von bis Uhr - an folgenden Wochentagen</p>
<p>3. Gibt es flexible oder zukaufbare Zeiten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege?</p>
<p>4. Wie viele alternative Tageseinrichtungen (Waldorf, Montessori, Waldkindertagesstätten bzw. -gruppen) gibt es?</p>
<p>5. Gibt es selbst organisierte Krabbel- bzw. Spielgruppen?</p>
<p>6. Besteht in der Gemeinde/Stadt ein durchgängiges Betreuungsangebot auch in Ferienzeiten?</p> <p>- in Kindertageseinrichtungen - in betreuten Grundschulen</p>
<p>7. Gibt es für Kinder ab 14 Jahren eine ganztägliche Betreuung in der Schule (Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, usw.)?</p>
<p>8. Gibt es über die Gemeinde hinaus Vereinbarungen zur Betreuung von Kindern (z. B., dass kein Kostenausgleich erfolgt)?</p>
<p>9. Finden Gespräche zwischen Gemeinde und Firmen mit dem Ziel statt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern?</p>
<p>10. Ist in der Gemeinde eine Notfallbetreuung für Kinder organisiert, wenn Eltern bzw. Tagespflegepersonen kurzfristig ausfallen?</p>

## **2.2 Familie und Erziehung**

Um das Thema Familie und Erziehung in den Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis näher zu beleuchten, wurde nach niedrigschwelligen Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten, wie Info-Brief, offenen Eltern- und Familientreffs, Initiativen, Mentorinnen- und Mentoren-, Patinnen- und Paten-Projekten, ergänzende Unterstützungsangebote aber auch nach sozialen Einrichtungen, Erziehungsberatungsstellen, sozialpädagogischen Fachkräften in der offenen Jugendarbeit und nach Bildungsangeboten für Eltern gefragt.

Infobriefe werden von 12, Neubürgerbroschüren von 13 Kommunen regelmäßig veröffentlicht. Mentoring-Programme im Rahmen der Jugend- bzw. Sozialarbeit an Schulen sowie offene Eltern- und Familientreffs werden in zwei Kommunen angeboten. Auch organisierte familienergänzende bzw. -unterstützende Dienste, wie „Leih-Omas / Leih-Opas“, Nachbarschaftshilfe, Dorfhelferin, Dorfhelfer werden nur von zwei Kommunen benannt.

Bei den finanziell geförderten Initiativen (Eltern-, Selbsthilfegruppen) ist die Anzahl höher, sie liegt bei sieben Nennungen. Der Quotient der sozialpädagogischen Fachkräfte für die offene Jugendarbeit pro 1.000 Einwohner/innen liegt bei 0,12 bis 0,3. Vier kleinere Kommunen geben an, keine sozialpädagogische Fachkraft zu haben.

Bildungsangebote für Eltern in Fragen der Erziehung werden in sechs Kommunen angeboten, sechs in Kindergärten und vier in Schulen.

<b>2. Familie und Erziehung</b>
1. Gibt es in der Gemeinde Informationsmöglichkeiten (örtl. Mitteilungsblatt, Internet, Elternbriefe) für Familien mit Themen zur Erziehung, Ehe, Partnerschaft, Bildung, Behinderung bei Kindern?
2. Gibt es offene Eltern- und Familientreffs, Familienzentren?
3. Gibt es in der Gemeinde oder im Landkreis Familien- und Erziehungsberatungsstellen?
4. Gibt es in Ihrer Gemeinde „Mentorinnen und Mentoren“/ „Patinnen und Paten“ für Jugendliche, die diese ehrenamtlich unterstützen?
5. Wie viele Stellen sozialpädagogischer Fachkräfte, an die sich Jugendliche wenden können (z.B. Jugendpflege, mobile Jugendarbeit, Schulsozialarbeit), gibt es pro 1000 Einwohner?
6. Gibt es Familien ergänzende/ -unterstützende Angebote, wie a) Leihomas bzw. Leihopas? b) Organisierter Babysitterdienst? c) Organisierte Nachbarschaftshilfe für Familien? d) Dorfhelferinnen und Dorfhelfer o. Ä., die bei Krankheit oder Kur den Eltern im Haushalt helfen? e) Sonstiges:
7. Gibt es Initiativen (Eltern-, Selbsthilfegruppen usw.) Werden diese durch Beratung, Bereitstellung von Räumlichkeiten oder finanziell gefördert a) in Kindertagesstätten b) in Schulen c) andere
8. Gibt es für Eltern Bildungsangebote in Fragen der Erziehung a) in Kindertagesstätten b) in Schulen d) andere
9. Gibt es eine Übersicht über alle Angebote der Dienste und Einrichtungen für Familien in der Gemeinde (Neubürger- oder Familienwegweiser)?

## 2.3 Bildung

Der Bereich Bildung in den Städten und Gemeinden reicht von Konzeptionen, Sprachförderung und anderen Förderprogrammen im Vorschulbereich bis hin zur Schulbildung, Anzahl und Formen der Schulen, Erreichbarkeit der Schulen, Aufnahmemöglichkeiten behinderter Kinder und Bildungsangebote außerhalb der Schule.

In allen rückmeldenden Kommunen wird Bildung in den Konzeptionen der Kindertageseinrichtungen eine maßgebliche Bedeutung eingeräumt (17 Nennungen) sowie verschiedenste Förderprogramme angeboten:

Förderprogramme	ja	nein	Antworten insgesamt <sup>2</sup>
Leseförderung	12	4	14
Sprachförderung	16	1	17
Konfliktlösung	9	7	16
Familienbildung	4	12	16
Erziehung	5	11	16
sonstiges	7	8	15

Fast alle Kommunen – mit einer Ausnahme - geben an, dass Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen angeboten wird. Der Anteil der Kinder, die durchschnittlich Sprachförderung erhalten, reicht von 2 % bzw. 6,2 % bis hin zu 30 % - unabhängig der Kommunengröße. Projekte zur Sprachförderung der Eltern werden in Kindertageseinrichtungen zweier Kommunen angeboten.

Die Grundschulen bzw. Grundschulstandorte können innerhalb von 30 Minuten in allen Kommunen erreicht werden. Weiterführende Schultypen sind in jeder Kommune bzw. in erreichbarer Nähe (in 45 Minuten) der benachbarten Kommune. In allen Schulen können körperbehinderte Kinder aufgenommen werden.

Angebote der öffentlichen Verleihmöglichkeit von Medien sind in 15 Kommunen, Angebote der Musik- und Volkshochschule in 15 Kommunen vorhanden.

---

<sup>2</sup> Es wurden nicht zu allen Förderprogramme eine Antwort gegeben

<b>2. Bildung</b>
1. Wird in den Konzeptionen der Kindertagesstätten der Bildung eine maßgebliche Bedeutung eingeräumt?
2. Gibt es Förderprogramme in den Tageseinrichtungen für Kinder? a) zur Leseförderung b) zur Sprachförderung c) zur Konfliktlösung d) zur Familienbildung e) zur Erziehung f) Sonstige:
4. Wie hoch ist der Anteil der Kinder in den Tageseinrichtungen für Kinder, die Sprachförderung erhalten?
5. Gibt es in Kindertageseinrichtungen für Eltern Projekte zur Sprachförderung?
6. Wie viele Schulen folgender Typen gibt es in der Gemeinde? a) Grundschule b) Gesamtschule c) Hauptschule d) Förderschule e) Realschule f) Gymnasium g) Berufsbildende Schule
7. Können in den Schulen auch körperbehinderte Kinder aufgenommen werden?
8. Sind für alle Grundschülerinnen und –schüler in ihrer Gemeinde/Stadt die Schulen innerhalb von 30 Minuten erreichbar?
10. Falls es keine weiterführenden Schulen am Ort gibt: Welche weiterführenden Schulen sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln von der nächstliegenden Haltestelle in 45 Minuten erreichbar?(große Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler, Ausnahmen unberücksichtigt) a) Gesamtschule b) Hauptschule? c) Realschule? d) Gymnasium?
11. Gibt es im Ort öffentliche Verleihmöglichkeiten von Medien (Büchereien der Gemeinde, von Kirchen, Vereinen / Initiativen)?
12. Gibt es am Ort Angebote der Musik-, Volkshochschule u.ä. ggfl. in gemeinsamer Trägerschaft mit Nachbargemeinden?

## 2.4 Wohnen und Wohnumfeld

Wie sieht das Wohnen und das Wohnumfeld in den Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis aus? Gibt es vergünstigte Bauplätze für Familien, wird bei der Planung und Sanierung von Gebieten auf eine Durchmischung von Alt und Jung, Singles und kinderreichen Familien geachtet, wie hoch ist der Anteil des öffentlich geförderten Wohnraums? Auch Fragen bezüglich der Erreichbarkeit und des Vorhandenseins der Infrastruktur und weiteren Unterstützungsmöglichkeiten spielen eine Rolle bei der Bewertung der Familienfreundlichkeit. Zur Wohnsicherheit zählen die Fragen nach der Unfall-, Diebstahl- und Einbruchstatistik sowie nach einem Schulwegkonzept und behindertengerechten Fußwegen.

In den Städten und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis gibt es keine vergünstigten Bauplätze für junge Familien. In fünf von 18 Kommunen wird auf die Durchmischung der neuen Baugebieten von Alt und Jung, Singles und kinderreichen Familien geachtet. Bei der Sanierung alter Baugebiete achten vier Kommunen auf die Durchmischung (Leerstandsmanagement).

Unterstützungsmöglichkeiten für zu pflegende Angehörige, ambulante Pflegedienste und Essen auf Rädern, werden in allen Kommunen angeboten. Spezifischere Angebote, barrierefreies Wohnen und betreutes Wohnen, sind in dreiviertel der Kommunen vorhanden.

Öffentlich geförderter Wohnraum in Prozent der Gesamthaushalte der jeweiligen Kommunen erstreckt sich von 0,25 bis 6,0 %. Hier haben neun Kommunen eine Antwort gegeben.

Die infrastrukturelle Versorgung ist in allen Kommunen gegeben. In fast allen Kommunen – mit einer Ausnahme – können Familien von ihrer nächstmöglichen Haltestelle innerhalb von 10 Minuten Einkaufsmöglichkeiten erreichen. Der Quotient der Versorgung der Allgemeinarztpraxen pro 1000 Einwohner reicht von 0,3 bis 0,7, der der Kinderarztpraxen liegt – wenn überhaupt vorhanden – bei drei Kommunen bei 0,1 bis 0,05.

Apotheken, Sozialstationen und Betreuungsdienste sowie Banken und Postfilialen sind in unterschiedlicher Dichte in allen Kommunen vertreten.

Die Anzahl der Unfälle bei Kindern unter 14 Jahren und bei Senioren sowie die kriminalstatistischen Daten der Diebstähle, Einbrüche und Körperverletzungen wurden nur von wenigen Kommunen beantwortet. Von diesen nicht vergleichbaren Angaben können keine Rückschlüsse auf die Sicherheit vor Ort hergeleitet werden<sup>3</sup>.

Ein Schulwegkonzept ist in 13 Kommunen vorhanden, Überlegungen zur Sicherheit in Schulbussen geben zehn Kommunen an. Fahrradwege zur Schule gibt es in drei und Schülerlotsen in keiner Kommune/n. Bürgersteige sind in fast allen Kommunen – mit einer Ausnahme - kinderwagen- und rollstuhlgerecht und mit abgesenkten Randsteinen bei Straßenüberwegen ausgestattet.

---

<sup>3</sup> Für die Kommunen selbst werden diese Angaben bei der stadtplanerischen Gestaltung, Erschließung neuer Baugrundstücke und Ausbau von Straßen, hingegen eine wichtige Rolle spielen.

<b>4. Wohnen und Wohnumfeld</b>
1. Erhalten junge Familien von der Gemeinde vergünstigte Bauplätze?
2. Wird bei der Planung von neuen Baugebieten eine Durchmischung von Alt und Jung, Singles und kinderreichen Familien geachtet?
3. Wird bei der Sanierung alter Baugebiete eine Durchmischung von Alt und Jung, Singles und kinderreichen Familien geachtet (Leerstandsmanagement)?
4. Gibt es Unterstützungsmöglichkeiten, damit Familien und ihre Großeltern im Haushalt der Familie, in eigener Wohnung in demselben Haus oder im Ort verbleiben können z.B. - durch ambulante Pflegedienste? - Essen auf Rädern? - Barrierefreie Wohnungen? - Betreutes Wohnen? - Mobile Einkaufsmöglichkeiten (Lebensmittelauto)
5. Wie viele öffentlich geförderten Wohnraum (Sozialwohnungen) gibt es?
6. Können Familien von ihrer nächstmöglichen Haltestelle innerhalb von 10 Minuten Einkaufsmöglichkeiten erreichen?
7. Sind vor Ort? - Allgemeinarztpraxen - Kinderarztpraxen - Apotheken - Ambulante Betreuungsdienste/ Sozialstationen - Post - Banken/Sparkassen
8. Zahl der Unfälle von Kindern bis 14 Jahre pro 10000 Einwohner
9. Zahl der Unfälle von Senioren ab 60 Jahren pro 10000 Einwohner
10. Zahl der Körperverletzungen aller Bürger/innen pro 10000 Einw.
11. Zahl der Einbruchdiebstähle pro 10000 Einwohner
12. Gibt es a) ein Schulwegekonzept insgesamt? b) Fahrradwege zur Schule? c) Schülerlotsen? d) Überlegungen zur Sicherheit in Schulbussen
13. Sind die Bürgersteige kinderwagen- und rollstuhlgerecht, sind abgesenkte Randsteine bei Straßenüberwegen vorhanden?

## 2.5 Kultur und Freizeit

Zur Familienfreundlichkeit zählt besonders der Freizeitbereich in den jeweiligen Kommunen. Angebote der Vereine für (behinderte) Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren, Angebote an Ferien- und Freizeitprogrammen, Vorhandensein von Sport- und Bolzplätzen, Schwimmbädern, Discotheken, Spielplätzen, beaufsichtigten Treffpunkten, Jugendtreffs oder Jugendhäusern.

Die Akzeptanz und Inanspruchnahme der Angebote wird verstärkt durch die regelmäßige Bekanntmachung der Angebote, Würdigung von ehrenamtlichem Engagement durch die Kommunen, Partizipation der Kinder, Jugendlichen und Familien.

Informationen über Kultur- und Freizeitangebote von Vereinen, Kirchen und Gemeinden werden von allen Kommunen regelmäßig, bei einer sogar wöchentlich, veröffentlicht.

Die Angebote der Vereine und Initiativen werden bei den sechs angegebenden Kommunen von den unter 14jährigen zu durchschnittlich 38,64% und bei den Senioren von 36,62 % angenommen. Für das ehrenamtliche Engagement gibt es in allen Kommunen – mit einer Ausnahme – eine Würdigung zum Beispiel beim Neujahrsempfang, durch Urkunden, Vergünstigungen, Fortbildungen sowie Ehrenamts-Card.

In 13 Kommunen wird in den gesamten Sommerferien ein Ferienprogramm angeboten, in zwei Kommunen nur an 10 bzw. 20 Tagen. Unter 14jährige nehmen unterschiedlich die Angebote an, der prozentuale Anteil reicht von 6,0%, 14,5%, 18%, 22% bis zu 50%, 98,8%. In fast allen Kommunen gibt es zudem auch Angebote und Programme für Eltern mit Kindern, 12 Kommunen bieten Angebote für behinderte Kinder an.

Für die im Durchschnitt über 14jährigen gibt es in 11 Kommunen mit sozialpädagogischen Fachkräften besetzte Jugendtreffs bzw. Jugendhäuser, eine Kommune ist mit vier Jugendtreffs ausgestattet. Darüber hinaus gibt es fünf selbstverwaltete Jugendtreffs, davon zwei in den Kommunen, in denen keine mit sozialpädagogischem Personal eingerichteten Jugendtreffs vorhanden sind. Die Besucherzahl der unter 14jährigen in den Treffs reicht von durchschnittlich 30 bis 80 und 100. Neben diesen Jugendtreffs gibt es - mit einer Ausnahme - in allen Kommunen nicht beaufsichtigte Treffpunkte für

Jugendliche (Marktplatz, Park,...). Im gesamten Lahn-Dill-Kreis wird nur eine Diskothek, neben den im Jugendtreff stattfindenden Diskoabenden, angegeben.

Jede Kommune besitzt Sport- und Bolzplätze, die Anzahl reicht von kleineren Kommunen mit 2-3 Plätzen bis hin zu den größeren Kommunen mit bis zu 10, 11, 12, 19 Plätzen. Ähnlich die Anzahl der Spielplätze; sie reicht von 5, 6, 7 bis hin zu 23, 28, 29, 50. Die Eltern und Kinder können sich in 11 Kommunen an der Spielplatzplanung und -gestaltung beteiligen. Schwimmbäder gibt es in zwölf Kommunen, in manchen sogar mehrere.

Einen Familien- oder Kindertag haben vier – vorwiegend größere – Kommunen ausgerichtet.

Der Anteil der kommunalen Ausgaben für Kultur und Freizeit der Vereine, Kirchen, Gemeinden beläuft sich bei zehn Kommunen zwischen 0,2%, 0,88% bis zu 6,22%, 8,44%, 9,0% des Gesamthaushaltes.

<b>5. Kultur und Freizeit</b>
1. Gibt es regelmäßige (jährlich/ halbjährlich/ monatlich/ wöchentlich) Informationen für alle Haushalte über Kultur- und Freizeitangebote von Vereinen, Kirchen, der Gemeinde?
2. Wie hoch ist der Anteil der Kinder unter 14 Jahren, die in Vereinen und Initiativen eingebunden sind?
3. Wie hoch ist der Anteil der Senioren ab 60 Jahren, die in Vereinen und Initiativen eingebunden sind?
4. Wird ehrenamtliches Engagement von der Gemeindeverwaltung gewürdigt, z.B. beim Neujahrsempfang, durch Urkunden, Vergünstigungen, Fortbildungen?
5. An wie vielen Tagen gibt es Ferienprogramme der Vereine, Kirchen, Gemeinde für Kinder unter 14 Jahren?
6. Gibt es bei den Ferienprogrammen auch Angebote für behinderte Kinder?
7. Wie viele Kinder unter 14 Jahren nehmen an Ferienprogrammen der Vereine, Kirchen, Gemeinde teil?
8. Gibt es bei Ferienprogrammen oder bei anderen Freizeitangeboten der Vereine, Kirchen, Gemeinde gemeinsame Aktivitäten für Kinder mit ihren Eltern?
9. Gibt es Jugendtreffs oder ein Jugendhaus mit sozialpädagogischem Personal?
10. Gibt es selbstverwaltete Jugendtreffs?
11. Wie viele Kinder unter 14 Jahren besuchen durchschnittlich den Jugendtreff/ das Jugendhaus?
12. Gibt es neben Jugendtreffs, nicht beaufsichtigte Treffpunkte für Jugendliche (bspw. Marktplatz, Park)
13. Wie viele Discotheken gibt es?
14. Wie viele Sport- und Bolzplätze gibt es?
15. Wie viele Schwimmbäder gibt es?
16. Wie viele Spielplätze gibt es?
17. Werden Eltern und Kinder bei der Spielplatzplanung bzw. -gestaltung beteiligt?
18. Gibt es einen Familien- oder Kindertag?
19. Wie hoch ist der Anteil der kommunalen Ausgaben für Kultur und Freizeit der Vereine, Kirchen, Gemeinde selbst insgesamt?

## 2.6 Kommunalverwaltung

Und wie sieht die Familienfreundlichkeit in den Verwaltungen selbst aus? Ausstattung, Leitbilder, Visionen und Qualitätskriterien der Rathäuser, familienspezifische Angebote, Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Mitarbeiterin und Mitarbeiter in der Verwaltung sowie eine verwaltungsübergreifende Steuerung der Familienfreundlichkeit auf die gesamte Stadt und Gemeinde.

In drei Gemeinde-Rathäusern gibt es eine spezielle Anlaufstelle für Familien, sechs bieten besondere Familiensprechzeiten (nach 18.00 Uhr oder samstags) an. Parkplätze für Besucherinnen und Besucher mit Kinderwagen weisen fünf, Still- und Wickelmöglichkeiten drei und Spielbereiche und Spielecken für Kinder fünf Rathäuser vor. 12 Rathäuser sind behindertengerecht- und rollstuhlgerecht und damit auch geeignet für Besucherinnen und Besucher mit Kinderwagen.

Von den politischen Gremien wurden in zwei Kommunen ein Leitbild und Qualitätskriterien für die Familienfreundlichkeit beschlossen, in einer Kommune ist bereits ein Entwurf erarbeitet worden. In fünf Kommunen wird Familienfreundlichkeit als Inhalt der Personalentwicklung angegeben sowie in fünf Kommunen Familienkompetenz als positives Kriterium bei Einstellungen bewertet. Interne Wettbewerbe und Workshops für die Weiterentwicklung der familienfreundlichen Verwaltung führt eine Kommune durch.

Ermäßigungen für Familien gibt es in folgenden Bereichen:

Ermäßigte Preise für Familien in / bei	ja	nein	Antworten insgesamt
Bücherei	6	10	16
Schwimmbad	10	7	17
Müllabfuhr	9	8	17
Öffentlichen Verkehrsmitteln	5	11	16

Ein gemeinsamer runder Tisch für Familienfreundlichkeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Kirchen, gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft ist in zwei Kommunen vorhanden.

13 Verwaltungen bieten den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, drei Verwaltungen haben ein Beschwerdema-

nagement zur Familienfreundlichkeit eingerichtet. Eine familienfreundliche Version, ein schriftlich beschlossenes Leitbild zur Familienfreundlichkeit ist derzeit bei einer Kommune in Arbeit, bei sechs anderen Kommunen liegt dies bereits vor.

<b>6. Kommunalverwaltung</b>
1. Gibt es in der Gemeindeverwaltung eine spezielle Anlaufstelle für Familien?
2. Gibt es am/ im Rathaus a) Parkplätze für Besucherinnen und Besucher mit Kinderwagen? b) Still- und Wickelmöglichkeiten? c) Spielbereiche/ -ecken für Kinder?
3. Gibt es besondere Familiensprechzeiten, z.B. nach 18.00 Uhr oder an Samstagen?
4. Ist das Rathaus behinderten-/ rollstuhlgerecht und damit auch geeignet für Besucherinnen und Besucher mit Kinderwagen?
5. Gibt es a) ein Leitbild und Qualitätskriterien für die Familienfreundlichkeit der Verwaltung, die vom Gemeinderat beschlossen sind? b) Familienfreundlichkeit als Inhalte der Personalentwicklung? c) Interne Wettbewerbe/ Workshops für die Weiterentwicklung der familienfreundlichen Verwaltung? d) Familienkompetenz als positives Kriterium bei Einstellungen?
6. Gibt es für Familien ermäßigte Preise, z.B. a) bei der Bücherei? b) beim Schwimmbad? c) bei der Müllabfuhr („Windelrabatt“)? d) bei den öffentliche Verkehrsmitteln?
7. Gibt es einen gemeinsamen „Runden Tisch“/ eine Steuerungsgruppe für Familienfreundlichkeit in der Gemeinde aus Mitarbeitern der Verwaltung, Kirchen, gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft?
8. Bietet die Verwaltung den eigenen Mitarbeiter/innen Möglichkeiten (z.B. flexible Teilzeitregelungen, Platzsharing, Telearbeitsplätze) zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an?
9. Gibt es ein Beschwerdemanagement zur Familienfreundlichkeit?
10. Hat die Gemeinde / Stadt eine familienfreundliche Vision? Eine schriftlich beschlossenes Leitbild zur Familienfreundlichkeit?

## **3 Auswertung**

### **3.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

„Es tut sich was“, kann man schon aus dieser Momentaufnahme erahnen. Selbst kleine Gemeinden setzen viel in Bewegung, um Betreuungsangebote – am steigenden Bedarf orientiert – auszuweiten. Das gilt für die Betreuungszeiten wie für die Altersgruppen. Dabei setzen viele bei der Wahl und Anbindung ihrer Partner Kreativität ein. Wechselnde Öffnungszeiten unter den Einrichtungen zu Ferienzeiten sind dafür ein auffallendes Beispiel. Vieles ist an Familienfreundlichkeit bereits auf der Haben-Seite zu verbuchen, weil es auf Ergänzung hin ausgelegt, begriffen und angepackt wird; und diese positive Betreuungsbilanz wird steigen.

Defizite tun sich bei der Kooperation mit Unternehmen auf: Zumindest Gespräche könnten noch viel stärker Bedarf und Angebot zueinander führen, zumal beide Seiten profitieren. Familienfreundlichkeit als Standortvorteil haben viele Unternehmen schon weit mehr im Blick als Gremien von Gemeinden.

Ein Mangel, leider durch lückenhafte Gesetzgebung begründet, tut sich beim unscheinbaren Punkt „Kostenausgleich zwischen Kommunen“ auf: Dem Wahlrecht der Eltern sollte kein Gegeneinander-Aufrechnen der Kosten folgen, denn schließlich ist auch der Kindergarten-Platz in Arbeitsplatznähe in der mobilen Moderne ein wesentlicher Punkt für Familienfreundlichkeit.

### **3.2 Familie und Erziehung**

Die Mehrzahl der Kommunen informiert ihre Einwohnerinnen und Einwohner über familienpolitische Themen. Auffallend ist, dass von den 18 Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligten, sechs Kommunen keinerlei Infos zu diesen Themen veröffentlichen. Da fast jede Kommune über Mitteilungsblätter beziehungsweise Internetauftritt hier entsprechende Möglichkeiten hat, wird empfohlen, dies für familienpolitische Informationen zu nutzen.

Die Frage nach der Einrichtung von Eltern- oder Familientreffs wurde lediglich von drei Kommunen positiv beantwortet. Auch hier ergibt sich ein künftiger Handlungsbedarf bei den Kommunen, wobei solche Treffs möglichst durch Private organisiert und durch die

Kommunen unterstützt werden sollten, um eine entsprechende Akzeptanz zu erreichen.

Auch die Frage nach Mentorinnen und Mentoren für Jugendliche wurde von den Kommunen überwiegend verneint. Hier können sowohl hauptamtliche, als auch ehrenamtliche Personen solche „Patenschaften“ übernehmen. In den Mitteilungsblättern der Kommunen kann hierzu informiert und geworben werden.

Erfreulich ist, dass fast alle Kommunen über hauptamtliche Fachkräfte verfügen, die Aufgaben der Jugendpflege und Jugendarbeit leisten. Da sich insbesondere kleinere Kommunen solche Fachkräfte nicht leisten können, empfiehlt es sich, hier künftig mehr die interkommunale Zusammenarbeit seitens des Lahn-Dill-Kreises und des Bündnisses für Familien zu stärken.

Die Frage nach Leihomas und Leihopas, Babysitterdienst, Nachbarschaftshilfen oder ähnlich organisierte Institutionen wurde von den meisten Kommunen negativ beantwortet. Auch hier müssen die ehrenamtlichen Tätigkeiten besonders unterstützt werden und auch seitens der Kommunen bei solchen Initiativen Hilfestellungen geleistet werden.

Wichtig erscheint, dass alle Kommunen ihre Angebote für Familien beschreiben und auch nach außen hin über ihre Medien kommunizieren.

### **3.3 Bildung**

Bildung hat für die Städte und Gemeinden eine maßgebliche Bedeutung. Im Kindertagesstättenbereich gibt es in nahezu allen Einrichtungen diverse Förderprogramme, voran das der Sprachförderung, folgend dem der Leseförderung. Projekte zur Sprachförderung der Eltern werden in nur zwei Kommunen angeboten. Da der Erfolg der Sprachförderung im Vorschulbereich eng mit dem Sprachgebrauch im familiären Bereich zusammenhängt, kann hier der Ausbau weiterer Angebote zur Sprachförderung der Eltern empfohlen werden.

Die sehr gute und schnelle Erreichbarkeit der Schulen bzw. der Schulstandorte ist bei allen Städten und Gemeinden gegeben. Die Grundschulen bzw. Grundschulstandorte

können innerhalb von 30 Minuten, die weiterführenden Schultypen innerhalb von 45 Minuten erreicht werden. In allen Schulen können körperbehinderte Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden.

Angebote der öffentlichen Verleihmöglichkeit von Medien und Angebote der Musik- und Volkshochschule sind in Zweidrittel der Kommunen vorhanden. Da, wo es keine Angebote gibt, können und werden die Angebote der angrenzenden Gemeinden mitgenutzt.

### **3.4 Wohnen und Wohnumfeld**

Die Wohnverhältnisse gehören zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für Familien und ihre Netzwerke, um ihr Zusammenleben zu gestalten, ihre Leistungen erbringen zu können und Erwerbs- und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren.

Zu den Voraussetzungen für eine hohe Lebens- und Wohnqualität für Familien gehören unter anderem

- familienfreundliche, kostengünstige Wohngebiete mit einer harmonischen Mischung von Alt und Jung, Singles und kinderreichen Familien
- eine gute infrastrukturelle Versorgung
- kurze Wege zu wichtigen Einrichtungen
- Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr
- objektive und subjektive Sicherheit im Wohnumfeld

Keine Kommune im Lahn-Dill-Kreis bietet vergünstigte Bauplätze für junge Familien an, nur einige wenige achten auf einen Mix der Bewohnerinnen und Bewohner – weder in neuen Baugebieten noch bei der Sanierung. Öffentlich geförderter Wohnraum wird lediglich in den Städten angeboten. Unterstützungsmöglichkeiten für ältere und pflegebedürftige Menschen bieten alle Kommunen.

Die infrastrukturelle Versorgung ist entsprechend der jeweiligen Größe in allen Städten und Gemeinden gegeben. Alle Einrichtungen sind gut erreichbar.

Konzepte für sichere Schulwege und eine Verbesserung der Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr sind in einem Großteil der Kommunen vorhanden oder in Planung. Fahrradwege zur Schule gibt es lediglich in drei Gemeinden.

Bei den Fragen nach der Häufigkeit von Unfällen bei Kindern und Senioren sowie nach kriminalstatistischen Daten machten die befragten Kommunen entweder keine oder so unterschiedliche Angaben, dass eine Auswertung nicht möglich ist.

Die Befragung ergibt, dass das Ziel die Lebens- und Wohnqualität für Familien zu erhalten, zu stärken und zu fördern, Handlungsansätze auf mehreren Ebenen erfordert:

- konsequente Förderung junger Familien beim Erwerb von Wohneigentum
- familiengerechte Bebauungspläne
- Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Familien und älterer Menschen beim Neuzuschnitt von Wohnungen im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen im Bestand
- Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls / der Sicherheit aus Sicht von Familien im alltäglichen Lebensumfeld
- Kinder- und Familienfreundlichkeit braucht auch die Perspektive der Betroffenen. Befragung von Familien zu ihren Wünschen und Bedürfnissen bezüglich einer familienfreundlichen Kommune

### **3.5 Kultur und Freizeit**

In den meisten Kommunen wird trotz des geringen Etats für Kultur und Freizeit ein vielfältiges Angebot an Aktivitäten vorgehalten. Dies wird durch sehr großes ehrenamtliches Engagement im Kinder- und Jugendbereich sowie im Seniorenbereich sichtbar. Das ehrenamtliche Engagement wird daher auch in allen Städten und Gemeinden gewürdigt, die Partizipationsmöglichkeiten an der Gestaltung von Spielplätzen und ähnlichen gegeben und über alle Aktivitäten ausreichend informiert.

Einige kleinere Kommunen vernetzen sich, um Angebote, wie Bibliothek, Schwimmbadnutzung etc. anbieten zu können. Alle können eine ausreichende Anzahl von Bolz- und Kinderspielplätzen vorweisen.

### **3.6 Kommunalverwaltung**

Das Angebot an familienfreundlicher Ausstattung in den Rathäusern ist vereinzelt vorhanden. Spezielle Anlaufstellen für Familien, Familiensprechzeiten (nach 18.00 Uhr

oder samstags), Parkplätze für Besucherinnen und Besucher mit Kinderwagen, Still- und Wickelmöglichkeiten, Spielbereiche und Spielecken werden nur von ca. einem Viertel der Kommunen benannt. Die behindertengerechte - und damit auch kinderwagengerechte - Ausstattung ist in allen Rathäusern vorhanden.

Die klassische finanzielle Unterstützung der Familien durch Eintritts- und Gebühren-Ermäßigungen in Büchereien, Schwimmbädern, Müllabfuhr und öffentlichen Verkehrsmitteln wird von ca. der Hälfte der Kommunen angeboten. Hier kann aber eine mögliche Nicht-Zuständigkeit (z.B. durch die Nutzung eines einer anderen Kommune zugehörigen Schwimmbades) das Gesamtbild trüben.

Von der räumlichen und sachlichen Ausstattung der Rathäuser hin zu der „inneren Einstellung“; Leitbilder und Qualitätskriterien für Familienfreundlichkeit, Familienfreundlichkeit als Inhalt der Personalentwicklung, interne Wettbewerbe und Workshops für die Weiterentwicklung der familienfreundlichen Verwaltung, Beschwerdemanagement sowie gemeinsame runde Tische für Familienfreundlichkeit sind kaum in den Kommunen vorhanden. Dagegen bietet ein Großteil der Verwaltungen den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (flexible Arbeitszeiten, etc.) an.

## 4 Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Momentaufnahme aus dem Jahreswechsel 2007/2008 zeigt, dass viel Kreativität im Kleinen dafür gesorgt hat, das Thema Familienfreundlichkeit an vielen Stellen anzusprechen und im Rahmen der Mittel und Möglichkeiten gerade kleiner Kommunen anzupacken. Leider mangelt es an einigen Punkten am verlässlichen Rahmen, wenn z. B. die Frage eines Kostenausgleichs zwischen Kommunen das gute Miteinander trübt. Hier tun sich Lücken in der Gesetzgebung auf, die es noch zu schließen gilt. Nur durch einen Handlungs- und Gestaltungsspielraum lassen sich in den Städten und Gemeinden auch Angebote, vor allem zur Betreuung von Kindern, schaffen und erhalten.

Schon die Zahlen und einfachen Nennungen lassen erahnen, dass gerade in kleineren Gemeinwesen viel Kreativität, mit ehrenamtlichem Einsatz gepaart, neue Möglichkeiten schafft. Deshalb ist gerade dieses Engagement von Bürgerinnen, Bürgern, Vereinen und Institutionen in Zukunft verstärkt zu fördern. Dies kann schon ganz einfach dadurch geschehen, dass gute Beispiele aus der Praxis „Schule machen“ und andernorts Nachahmerinnen und Nachahmer finden.

Die Perspektive, die Bedeutung und das Betätigungsfeld des Ehrenamtes auszuweiten, wird begünstigt z. B. von einer neu einzurichtenden Ehrenamtsakademie in der Altenhilfe (KT-Beschluss 13.12.2007, KT-Drucksache 328 / 2007). Ähnliche Vermittlungsformen, gewonnenes Wissen weiter zu geben und bestehende Hilfen bekannt zu machen, sollten deshalb auch auf die gesamten Bedürfnisse von Familien erweitert werden. Bereitschaft dazu ist da, wie schon aus der größer werdenden Zahl der begleitenden Akteure, z. B. in der Betreuung und Bildung, zu ersehen ist. An manchen kleinen „Baustellen“ der Gesellschaft drängt sich der Gedanke auf, gewissermaßen aus der Not eine Tugend zu machen. So wie Betreuung und Bildung in einer Familie eine Gemeinschaftsaufgabe darstellen, können sie auch in einer „kommunalen Familie“ zwischen Kreis, Kommunen, Land und Bund nur im Miteinander dieser vielen Akteure sinnvoll gelöst werden.

Zwischen kleineren Kommunen ist eine wirksamere Form der Aufgabenerledigung in anderen Bereichen, z. B. in der Verwaltung, bei der Abwasserbeseitigung, beim Unterhalten teurer Einrichtungen wie Hallenbäder, bereits erkannt und begonnen worden. Gegenseitige Hilfen von „familienfreundlichen“ Einrichtungen sind ebenso Ausdruck ei-

nes neuen Gemeinschaftsverständnisses – und wenn es sich nur um Absprachen bei den Kindergarten-Schließungszeiten in den Ferien handelt.

Das große Ziel, mit dieser Umfrage Fragen aufzuwerfen und möglichst breit in den zuständigen Gremien der Kommunen zu diskutieren, haben wir erreicht. Die Rückmeldungen aus 18 von 23 Kommunen lassen sich sehen – und sie lassen ersehen, wie wichtig es ist, dass sich die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf ein ganzes Bündel von Fragen einlassen und gemeinsam nach Antworten suchen. Welche praktischen Schlussfolgerungen und konkreten Entscheidungen sich daraus ergeben, werden wir in den kommenden Jahren – am besten mit einer ähnlichen „Checkliste“ – vergleichbar abfragen.

Bei dieser Umfrage gab es etwas zu gewinnen: Eigener Erkenntnisfortschritt und vielleicht auch neue Ideen winken jedem, der sich systematisch solchen Fragen stellt und sein Gemeinwesen einem solchen Test unterzieht. Einige Fragen waren noch so neu oder einigen der Probanden noch gar nicht bewusst, so dass sie auch in Zukunft zu stellen sind. Welche Kooperations- und Kommunikationsformen können die Kommunen mit der Wirtschaft vor Ort entwickeln? Überlegungen dazu sind mindestens so wichtig wie das regelmäßige Ermitteln von Bedarf und Bedürfnissen der Familien selbst.

Regelmäßige Gespräche mit fortschrittlichen Firmen-Vertretern können lehrreich und für alle Seiten ein Gewinn sein – das hat die AG „Familienfreundliche Städte und Gemeinden“ zeitgleich zu dieser Befragung erlebt bei einer erstmals angestoßenen „Klausur“ mit ausgesuchten Unternehmen.

Wir müssen im Gespräch bleiben. Und das geht, wenn wir uns auch in Zukunft immer wieder selbst diesen und neuen Fragen zur Familienfreundlichkeit in Kommunen stellen und gemeinsam die besten Antworten suchen. Deshalb kann diese erste „Checkliste“ auch nur ein Auftakt sein und stellt im Tun des „Bündnisses für Familie im Lahn-Dill-Kreis“ keinen Schlusspunkt dar, sondern vielmehr einen Doppelpunkt.

# Familienfreundlichkeit als Standortvorteil

## Vertreter aus Unternehmen und Kommunen sprechen über Zukunfts-Thema

**Dillenburg (01.11.2007).** „Familienfreundlichkeit ist für mich, Familie und Beruf zu leben“, brachte es eine Teilnehmerin auf den Punkt. Zusammen mit Unternehmens-Vertretern hat das „Bündnis für Familie“ Möglichkeiten ausgelotet, familienfreundliche Angebote im Lahn-Dill-Kreis zu verbessern und gegenseitig aufeinander abzustimmen. Rahmen und Veranstaltungsort für diesen Austausch bot die Industrie- und Handelskammer (IHK) in Dillenburg.

Dass in einigen Betrieben bereits viel getan wird, zeigte Ralf Heppenstiel von ThyssenKrupp Nirosta in einem Impuls-Referat über das Programm „JAN – Jung und Alt in der Nirosta“. Aus den eigenen Geschäftsbereichen ergänzten Joachim Homscheid (Rittal), Stefan Beck (Loh-Akademie) und Helmut Kloos (Sparkasse Dillenburg).

Diesen Dialog zu starten, sei eines der Ziele gewesen, am 11. November 2005 das „Lokale Bündnis für Familie“ im Lahn-Dill-Kreis ins Leben zu rufen, erläuterte eingangs Landrat Wolfgang Schuster (SPD). Seitdem wirken Vertreter aus Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften, Politik, Vereinen und Institutionen sowie engagierte Privatpersonen in sechs Arbeitsgruppen in dem offenen Bündnis daran mit, den Kreis für Familien freundlicher zu gestalten. Andreas Tielmann, Hauptgeschäftsführer der mitverantwortlichen IHK, sah im Zusammenhang zwischen Familien und Arbeit noch einigen Nachholbedarf für ein „stimmiges Wohnumfeld“, wusste aber um die Attraktion der Region. „Das können wir auch bei ‚Studium plus‘ ablesen, bei dem ein Drittel der Teilnehmer nicht aus der Region kommt“.

Attraktive Arbeitsplätze sind auch für Familien attraktiv – das war eine der Thesen, die im Laufe des fast vierstündigen Gesprächs anklangen. Und die meisten Unternehmen haben Familienfreundlichkeit bereits als wichtigen Standortfaktor erkannt, wenn es beispielsweise um das Gewinnen und Halten von gutem Personal geht.

Patenmodelle, „Unterstützung aktiver Vaterschaft“ und „Weiterbildung und Kontakt trotz Elternzeit“ waren etwa Ansätze, die in der Dillenburger Firma ThyssenKrupp Nirosta verfolgt werden.

Auch wenn es in mittelständisch geprägten Firmen-Landschaften kaum Bedarf für einen „Betriebskindergarten“ gibt, konnten sich einzelne Unternehmen eine gezielte Zusammenarbeit in der Betreuung vorstellen. „Wir müssen vorhandene Strukturen stärken“, sagte Sparkassen-Vorstandsvorsitzender Kloos. Verbesserungsbedarf sahen die Beteiligten etwa im Öffentlichen Personennahverkehr oder im Angebot an Tagesmüttern. Mehr Flexibilität wurde, auch im Interesse der Firmen-Entwicklung, in der Betreuung und Ausbildung von Jugendlichen gesehen. Dies sei nicht nur im Ausbildungsplatz-Angebot, sondern bereits in Kindergarten und Schule anzulegen. „Wir müssen den Kindern früher eine Chance geben, sich entwickeln zu können“, sagte Peter Dubowy, Geschäftsführer der Lahn-Dill-Arbeit.

Das Bekanntmachen der bestehenden Angebote hielt Rittal-Personalchef Homscheid für einen guten Ansatz, um die Region attraktiv zu halten und weiter zu gestalten. Eine Art „Familienwegweiser“ schwebt der AG „Familienfreundliche Städte und Gemeinden“, die für das Bündnis zu diesem Treffen eingeladen hatte, bereits vor. „Wir wollen gute

Beispiele sammeln und weiter tragen, damit sie Nachahmung finden“, sagte AG-Sprecher Götz Konrad (parteilos).

Erste Schritte, in den Kreis hinein zu wirken, hat die Arbeitsgruppe bereits unternommen. Auf Ebene der Bürgermeister war bereits vereinbart worden, bei der Aufnahme von gemeindefremden Kindern auf einen Kostenausgleich zwischen den Kommunen zu verzichten. „Das läuft auf ein Nullsummen-Spiel hinaus und ist letztlich eine ganz praktische Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, erläuterte Konrad. Momentan hat die AG eine „Checkliste für Familienfreundlichkeit“ erstellt und in die 23 Städte und Gemeinden des Kreises verteilt, wo sich die Sozialausschüsse der Parlamente mit den Fragen beschäftigen.

Weil bei der Klausur „Familienfreundlichkeit als Standortvorteil“ in Dillenburg bei weitem nicht alle wichtigen Fragen angeschnitten werden konnten, vereinbarten die Beteiligten, in Kontakt zu bleiben und den Dialog alsbald fortzuführen.



**Bildunterschrift:**

Im Dialog: Vertreter aus Unternehmen und Politik sprachen in Dillenburg ausführlich über „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“. Das kreisweite „Bündnis für Familie“ hatte zu diesem Austausch zur IHK eingeladen. (Foto: privat)